



GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH, Planckstraße 1,
64291 Darmstadt

GSI Helmholtzzentrum für
Schwerionenforschung GmbH
Daniel Kaltwasser
Planckstraße 1
64291 Darmstadt

Fax

Email
sg208@gsi.de

Ihre Anfrage vom

Vergabenummer

Telefon

Datum

08/RV

Gefahrstoffentsorgung_2026

12.05.2026

Rahmenvertrag zur Entsorgung von konventionellen Gefahrstoffen Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, die in der anliegenden Beschreibung bezeichneten Leistungen durch eine Öffentliche Ausschreibung nach UVgO zu vergeben. Es gelten die beigefügten Bewerbungs-, Vergabe- und Vertragsbedingungen.

Ende der Angebotsfrist	03.06.2026 10:00 Uhr
Ende der Zuschlags- und Bindefrist	30.06.2026
Bestimmungen über die Ausführungsfrist	Ab Zuschlag Laufzeit 6 Jahre
Liefer- / Leistungsort	GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH Planckstraße 1 64291 Darmstadt DE

Der Auftraggeber behält sich vor, die Auftragserteilung von der Beibringung folgender Sicherheitsleistung(en) abhängig zu machen: Sind im Rahmen eines abzuschließenden Vertrages Vorleistungen erforderlich (Anzahlungen), werden diese nur gegen Vorlage einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bankbürgschaft gezahlt.

Bitte beachten Sie die Zusammenstellung der einzureichenden Nachweise am Ende dieses Schreibens.

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Ihr Angebot können Sie elektronisch in Textform einreichen.

Zusätzliche Auskünfte über die Vergabeunterlagen und diese Angebotsaufforderung sind spätestens bis zum 02.06.2026 bei dem oben genannten Auftraggeber anzufordern.

Bis zum Ende der Angebotsfrist können Sie Ihr Angebot elektronisch über den Vergabemarktplatz "DTVP" zurückziehen. Danach sind Sie bis zum Ablauf der Bindefrist an Ihr Angebot gebunden.

Die Vergabeunterlagen werden elektronisch auf www.dtv.de bereitgestellt und können dort nach einer kostenlosen Registrierung heruntergeladen werden.

Die Vergabestelle akzeptiert folgende Arten der Angebotsabgabe:

- Elektronisch in Textform

Die Übermittlung der Angebote in elektronischer Form erfolgt fristgerecht über den Vergabemarktplatz DTVP (Deutsches Vergabeportal).

URL: <http://www.dtv.de/Center/>

Zur Wahrung der Textform gemäß § 126 b BGB bei Angebotsabgabe müssen die Bieter nachfolgende Angaben machen:

- Bei natürlichen Personen ist der vollständige Name zu nennen (§12 BGB).
- Bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften (§ 17 BGB) ist der Firmenname zu nennen und die Rechtsform. Darüber hinaus ist der vollständige Name des Mitarbeiters/ der Mitarbeiterin zu nennen, der/die für die Firma das Angebot abgibt. Das Einfügen eines Firmenlogos reicht nicht aus.
- Bei Bietergemeinschaften sind für jeden einzelnen Bieter die vorstehenden Angaben zu machen.

Zu beachten ist, dass die Textform des § 126 b BGB im Vergaberecht nur eingehalten ist, wenn die Teilnahmeanträge/ Angebote verschlüsselt übermittelt werden. Eine E-Mail genügt nicht.

Bei fehlerhaften / unvollständigen Angaben, welche die Textform gem. § 126 b BGB verletzen, werden die Angebote ausgeschlossen.

Wir weisen darauf hin, dass bei etwaigen parallelen Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten von verbundenen Unternehmen auf die Einhaltung der Grundsätze des Geheimwettbewerbs zu achten ist; spätestens auf Nachfrage durch die Vergabestelle ist nachzuweisen, dass eine strikte Trennung in personeller, organisatorischer und struktureller Hinsicht bei der Erstellung der Teilnahmeantrags- und Angebotsunterlagen gewährleistet gewesen ist (vgl. z.B. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.04.2011 VII-Verg 4/11; VK Münster, Beschluss vom 22.04.2015 - VK 1-12/15).

Hinweis: Wird eines der geforderten Formblätter nicht form- bzw. fristgerecht eingereicht, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen.

Fehlende oder unvollständige Dokumente können durch die Vergabestelle nachgefordert werden; die Bewerber können sich aber nicht darauf verlassen, dass eine Nachforderung erfolgt. Am Ende fehlende Nachweise führen zum Ausschluss.

Die einzureichenden Unterlagen werden automatisch an den dafür vorgesehenen Stellen bekanntgegeben.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende, über die bereits im Formblatt geforderten, Eignungs- und Zuschlagskriterien festgelegt:

Preis 100%

Beim Preis wird der im Angebotsformblatt anzugebende Gesamtpreis zur Wertung herangezogen.

Ein Vergabenachprüfungsverfahren steht für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte nicht zur Verfügung, lediglich der allgemeine gerichtliche Rechtsschutz durch einen Eilantrag oder eine Klage. Das zuständige Zivilgericht ist - je nach Streitwert, § 3 ZPO - das folgende:

Amtsgericht Darmstadt
Mathildenplatz 12, 64283 Darmstadt
Postanschrift: Postfach 11 09 51, 64224 Darmstadt
Tel.: 06151/9920
Fax: 06151/9925050
E-Mail: redaktion@ag-darmstadt.justiz.hessen.de
Internet: <http://www.ag-darmstadt.justiz.hessen.de>

Landgericht Darmstadt
Mathildenplatz 13/15, 64283 Darmstadt
Postanschrift: 64278 Darmstadt
Tel.: 06151/121
Fax: 06151/125917
E-Mail: verwaltung@lg-darmstadt.justiz.hessen.de
Internet: <http://www.ag-darmstadt.justiz.hessen.de>

Auch wenn die formelle Rügepflicht nach § 107 GWB nur für Verfahren oberhalb der Schwellenwerte gilt, sind die Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, sich wegen aus ihrer Sicht bestehender Verstöße gegen die vergaberechtlichen Grundsätze von Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung vor Einleitung gerichtlicher Verfahren an die GSI zu wenden. Der Bewerber /Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags und seines Angebots, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen. Die GSI wird Bewerber oder Bieter unverzüglich nach der Erteilung des Zuschlags gemäß § 46 UVgO darüber informieren. Gleiches gilt hinsichtlich der Aufhebung oder erneuten Einleitung eines Vergabeverfahrens einschließlich der Gründe dafür. Die GSI unterrichtet auf Verlangen des Bewerbers oder Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags die nicht berücksichtigten Bieter unter Beachtung der Beschränkungen von § 30 Abs.

2 UVgO über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bewerber über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung.

Ihr Angebot ist nicht berücksichtigt worden, wenn bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist hierauf kein Auftrag erteilt wird. Sollten Sie kein Angebot abgeben, entsteht Ihnen kein Nachteil. Für diesen Fall wird jedoch um eine kurze Mitteilung gebeten.

Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung Ihres Angebotes nach der UVgO.

Dieses Anschreiben ist zum Verbleib beim Bewerber bestimmt. Bitte senden Sie es nicht mit dem Angebot zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anlagen:

3_VOL_B_Vertragsbedingungen .pdf

8_Bietertool_Anleitung_DE.pdf

Allg. Einkaufsbedingungen GSI Juli 2022.pdf

050526_Leistungsverzeichnis_Entsorgungsdienstleistung_Gefahrstoffe_dm.docx

GSI_Angebotsformblatt.docx

GSI_Eignung.docx

GSI_Bewerbungsbedingungen.pdf

Zusammenstellung der einzureichenden Nachweise

Mit dem Angebot vorzulegende Nachweise

Bedingung an die Auftragsausführung

- Angebotsformblatt "GSI_Angbotsformblatt.docx" (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- Eigenerklärung MiLoG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG).

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"

- UVgO_Eigenerklärung zur Eignung nach § 31 UVgO und §§ 123, 124 GWB analog (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass die Kenntnis nach § 31 UVgO und §§ 123, 124 GWB analog unrichtig ist und die dort genannten Fälle nicht vorliegen -

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- ADR-Schein und Schulung nach TRGS 520 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Qualifikation des Personals (Gefahrstoffe, Gefahrgut) ADR-Schein und Schulung nach TRGS 520 nachweisen
- Umsetzung gesetzlicher Anforderungen (KrWG, ADR, GefStoffV, NachwV, TRGS 520) per Eigenerklärung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): - Umsetzung gesetzlicher Anforderungen (KrWG, ADR, GefStoffV, NachwV, TRGS 520) per Eigenerklärung einreichen
- Zertifikat nach §56 Kreislaufwirtschaftsgesetz (mittels Eigenerklärung vorzulegen): - Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb Efb Zertifikat "Entsorgungsfachbetrieb nach §56 Kreislaufwirtschaftsgesetz"

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung Betriebs-/Berufshaftpflicht (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Deckungssumme gemäß Formblatt.

Der/Die Auftragnehmer*in ist verpflichtet, für die von ihm/ihr eingesetzte Personen eine Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen je Schadensfall von mindestens

- 5.000.000,00 Euro für Personenschäden,
- 1.000.000,00 Euro für Sachschäden,
- 1.000.000,00 Euro für Vermögensschäden
- 500.000,00 Euro für Bearbeitungsschäden und
- 500.000,00 Euro für Schlüsselverlust

und während der Vertragsdauer aufrechtzuerhalten. Dem Auftraggeber ist ein entsprechender Nachweis vor Vertragsbeginn für die gesamte Vertragslaufzeit vorzulegen.

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"

- Eigenerklärung Bietergemeinschaft (mittels Dritterklärung vorzulegen): BGB-Gesellschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung mit Listung aller Mitglieder und deren bevollmächtigter Vertreter inkl. Nennung eines bevollmächtigten Vertreters, der die Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Mit dem Teilnahmeantrag / Angebot ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben, dass die federführende Firma als bevollmächtigter Vertreter die aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und mit Wirkung für jedes Mitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet.

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung Unterauftragnehmer (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nur auszufüllen, sofern Teilleistungen an Unterauftragnehmer weitergegeben werden oder sofern sich der Bewerber bzw. Bieter für den Eignungsnachweis auf einen Unterauftragnehmer beruft. In diesem Fall ist eine Abgabe zusammen mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot erforderlich! Weiterhin ist im Falle der Eignungsleihe eine Verfügbarkeitserklärung (siehe Formblatt Verfügbarkeitserklärung) vom Unterauftragnehmer bereits mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichen. Im Falle der Ausführung von Teilen des Auftrags wird diese vor Zuschlagserteilung nachgefordert.

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"

- Einhaltung aller Schutzmaßnahmen für Personal und Umwelt (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweis an Hand Eigenerklärung o. ä. Dokumenten, die die Umsetzung in Ihrem Unternehmen dokumentieren
- Verfügbarkeitserklärung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nur parallel zur "Erklärung Unterauftragnehmer" auszufüllen und vom Unterauftragnehmer zu unterzeichnen, sofern Teilleistungen an Unterauftragnehmer weitergegeben werden (Leistungsausführung durch Unterauftragnehmer) oder sofern sich der Bewerber bzw. Bieter für den Eignungsnachweis auf einen Unterauftragnehmer beruft (Eignungsleihe - siehe Formblatt Unterauftragnehmer). Sollen mehrere Unterauftragnehmer eingesetzt werden, so ist dieses Formblatt mehrfach zu verwenden. Pro einzusetzendem Unterauftragnehmer ist je eine Verpflichtungserklärung abzugeben.

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"

Sonstige Unterlagen

- Eigenerklärung Datenschutz (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen.

siehe GSI Formblatt im Dokument "GSI_Eignung.docx"